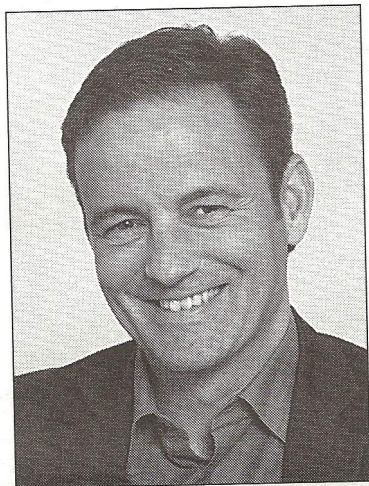


Schweizer Gretchenfrage



Schön, hat sich das Sommerloch wieder geschlossen. So sind wir knapp darum herum gekommen, dass der Boulevard ein Versöhnungstreffen von Trudie Götz mit überlebenden Krokodilen abgefeiert hätte. Oder dass es in der Apfelschnitz-Affäre auf dem Limmatschiff zu weiteren Festnahmen gekommen wäre. Und so wird Zürich in den Weltmedien nach den Sommerferien nicht mehr seiner Handtäschi, sondern der Sexboxen wegen besprochen. Man kann sich ob der sorgfältigen Platzorganisation (diese Piktogramme sind allerliebste) ein Schmunzeln nicht völlig verkneifen. Abgesehen davon, dass ich mich als schwuler Fussgänger doppelt diskriminiert fühlen müsste. Die Anwohner am Sihlquai aber wird es freuen.

•••

Die Sommerpause abgeschlossen hat auch unsere Landesregierung. Bundesrat Burkhalter erläuterte endlich selbst die Vorschläge zur Lösung der institutionellen Fragen mit der EU. Und dieselben, die vorher kritisiert hatten, dass der Chefbeamte sprach statt der Chef, finden es jetzt skandalös, dass er spricht, der Chef. Damit wären wir bei der Mutter aller Schweizer Gretchenfragen: Wie

hältst du es mit Europa? Ich gehe davon aus, dass die Wahrheit dem Menschen zumutbar ist. Der ehrlichere Teil des bundesrätlichen Vorschlages ist denn wohl auch die Einsicht, dass es in jeder noch so extrawurstigen Konstruktion immer der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein wird und muss, der das europäische Binnenmarktrecht auslegt. Das wäre auch so, wenn der EWR/Efta-Gerichtshof oder ein Schiedsgericht oder irgendeine neu erfundene Gerichtsbarkeit zum Zug käme. Der EWR/Efta-Gerichtshof hätte allerdings den markanten Schönheitsfehler, dass er lediglich die Schweiz, nicht aber die EU sanktionieren könnte. Damit erübrigt sich diese Frage eigentlich.

•••

Der schlaumeierische und darum traditionell helvetische Teil des Mandats ist der Vorschlag, dass der EuGH in Fragen der Auslegung des bilateralen Rechts nicht urteilen, sondern lediglich ein Gutachten erstellen würde. Der Schweiz bliebe es so theoretisch unbenommen, sich darüber hinwegzusetzen. – Das tönt frappant nach dem heutigen autonomen Nachvollzug. Und es führt schlussendlich wieder zu der unumgänglichen Tatsache, dass wir in unserer Beziehung zu Europa in einer fortgesetzten Selbstlüge verharren. Nur ein Beitritt könnte Mitbestimmung herstellen und die Pseudosouveränität beenden. Ich bin dem Bundesrat für jede offene Diskussion dankbar. Denn die anstehenden Volksabstimmungen zur Personenfreizügigkeit gewinnt man nicht mit dem Sandstreuer, sondern mit Engagement und Ehrlichkeit.

Martin Naef